

2206/J-BR/2004

Eingelangt am 09.06.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

DRINGLICHE ANFRAGE

gem. § 61 Abs. 3 GO-BR

der Bundesräte Prof. Konecny
und GenossInnen
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
betreffend 65. Störfall in Temelin und unzureichende Information der österreichischen
Bevölkerung darüber

An diesem Montag wurde die österreichische Bevölkerung über den 65. Störfall im Atomkraftwerk Temelin informiert: Diesmal handelt es sich um einen besonders dramatischen Vorfall, ist doch hoch radioaktives Wasser aus dem primären Kreislauf des Atomkraftwerkes ausgetreten und kontaminierte nach ersten Berichten zwei Räume des Atomkraftwerks.

Damit wurden wiederum die Mängel des Atomkraftwerks Temelin offengelegt, das aufgrund seines Technologiemix von russischer und westlicher Technik einen besonderen Risikofall unter allen europäischen Atomkraftwerken darstellt. Die tschechischen Betreiber sind offensichtlich nicht in der Lage, das Kraftwerk Temelin störungsfrei zu betreiben. Die vielen Störfälle zeigen aber auch, dass alle Forderungen nach einer Nichtfertigstellung bzw. nach einer Schließung von Temelin richtig waren und sind.

Dennoch hat die Österreichische Bundesregierung und Bundeskanzler Schüssel im so genannten Melker Abkommen weitestgehend auf eine österreichische Einflussnahme auf die Sicherheitsauflagen rund um das Atomkraftwerk Temelin verzichtet und schriftlich vereinbart, dass alleine die tschechischen Behörden über die Sicherheit von Temelin befinden. Beim jetzigen Störfall zeigt sich aber auch die falsche Konstruktion des Melker Abkommens hinsichtlich der Information der österreichischen Bevölkerung. Nicht nur, dass dort eine 72-

stündige Frist bei Unfällen Tschechien zugestanden wurde, haben Sie noch dazu 12 weitere Stunden verstreichen lassen, bevor Sie die österreichische Bevölkerung nur in Grundzügen informiert haben. Dies führt in weiterer Konsequenz dazu, dass die ÖsterreicherInnen noch

mehr verunsichert wurden, haben sie doch jetzt das Gefühl, nur im äußersten Notfall, und wenn es politisch opportun ist, tatsächlich über einen Atomunfall informiert zu werden.

Diese VP/FP-Bundesregierung hat es jedenfalls verabsäumt, in den letzten Jahren für den Atomausstieg in Europa Verbündete zu suchen. So wurden auf europäischer Ebene faktisch keine Initiativen gesetzt, die den Atomausstieg in unseren Nachbarländern vorantreiben können. Schlimmer noch, die Regierungsparteien haben vor wenigen Monaten in einem Entschließungsantrag beschlossen, der Erhöhung des Euratom-Kreditvolumens von 4 auf 6 Mrd. Euro unter bestimmten Auflagen zuzustimmen. Dies vor dem Hintergrund, dass die gesamte europäische Atomlobby derzeit versucht, neue Atomkraftwerke zu errichten. So sind mehr als ein dutzend Kraftwerksprojekte bekannt.

Neben Frankreich haben sich CDU-Fraktionsführerin Angela Merkel und CSU-Ministerpräsident von Bayern Edmund Stoiber zuletzt angesichts der steigenden Energiepreise und möglicher Engpässe in der Energieversorgung für den Bau neuer Atomkraftwerke ausgesprochen. Damit würde sich nicht nur die Sicherheitslage im dicht besiedelten Europa dramatisch verschlechtern, sondern alle Initiativen für umweltfreundliche Energien deutlich zurückgenommen werden.

In dieser entscheidenden Phase europäischer Energiepolitik ist Österreich aufgefordert, mit besonderem Nachdruck für einen Atomausstieg in Europa zu werben. Nach wie vor betreiben mehr als zwei Drittel aller EU-Mitgliedsstaaten keine Atomkraftwerke bzw. sind zum Ausstieg bereit, sodass ein Anti-Atom-Konsens in Europa mehr als realistisch ist.

In diesem Zusammenhang ist es bedauerlich, dass die österreichischen EU-Abgeordneten in Brüssel nicht geschlossen für eine Anti-Atom-Politik eintreten. Es sei verwiesen auf die Abstimmung vom 24. September 2003 betreffend eine Revisionskonferenz, um die Förderung der Atomenergie zu ändern, bei welcher die EU-ÖVP-Abgeordneten gegen dieses Vorhaben völlig unverständlicherweise stimmten. Dies wiederholte sich am 13. Jänner d.J., wo ebenfalls die ÖVP-Abgeordneten gegen Sicherheitsstandards auf dem höchsten Stand der Technik stimmten. Dieses Verhalten wurde von der ÖVP-Spitzenkandidatin Ursula Stenzel zuletzt in „Offen gesagt“ noch verteidigt. Es ist daher zu hoffen, dass nicht noch eine Reihe von weiteren Unfällen in Kernkraftwerken notwendig ist, um die ÖVP-Abgeordneten auf den österreichischen Anti-Atom-Konsens einzuschwören und nicht den Pro-Atom-Kurs der EVP mitzutragen.

Schließlich ist auch noch anzumerken, dass der FPÖ-Koalitionspartner den Schlüssel-Pröll-Kurs auf das Heftigste kritisierte. So hat der Spitzenkandidat der FPÖ Hans Kronberger Umweltminister Pröll vorgeworfen, bewusst den Unfall vertuscht zu haben. Vizekanzler Gorbach verlangte Temelin sofort zu schließen. Die Bundesregierung scheint also in dieser für die Republik Österreich und die österreichische Bevölkerung keine gemeinsame Position zu vertreten.

Die unterzeichneten Bundesräte richten angesichts des Debakels dieser VP/FP-Bundesregierung und der ständig steigenden Bedrohung aus Atomkraftwerken für die österreichische Bevölkerung an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nachstehende

Anfrage:

1. Wann haben Sie genau vom Atomunfall in Temelin erfahren?
2. Warum haben Sie nach eigenen Angaben mehr als 12 Stunden zugewartet, um die österreichische Bevölkerung zu informieren?
3. Ist die Aussage des FP-EU-Spitzenkandidaten Hans Kronberger, dass Sie den Störfall bewusst vertuschen wollten, richtig?
4. Sind Sie nicht der Meinung, dass die Verunsicherung der österreichischen Bevölkerung jetzt viel höher ist als vorher, weil sie die Information über den Unfall so lange verheimlicht haben?
5. Wann haben Sie die Gesundheitsministerin informiert, damit Sie eventuell notwendige Maßnahmen setzen kann?
6. Sind Sie der Meinung, dass die 72-Stunden-Frist zur Information der österreichischen Bevölkerung gemäß dem Melker Protokoll ausreichend ist?
Wenn nein, werden Sie in Verhandlungen treten, um diese Frist im Interesse der Gesundheit der österreichischen Bevölkerung deutlich zu verkürzen, und sind Sie bereit, dem Bundesrat über das Ergebnis zu berichten?

7. Welche weiteren Maßnahmen planen Sie, um das Melker Abkommen effektiver zu machen?
8. Welche rechtlichen Handlungsmöglichkeiten hat Österreich, nachdem das Melker Protokoll ja nicht - wie ursprünglich versprochen - als Anhang zum Beitrittsvertrag Tschechiens angefügt wurde und damit kein Gang zum Europäischen Gerichtshof möglich ist?
Werden Sie dennoch auf europäischer Ebene aktiv werden, um eine Prüfung der Sicherheitslage in Temelin zu erwirken?
9. Welche Maßnahmen wird die Österreichische Bundesregierung setzen, um den Atomausstieg in unseren Nachbarländern voranzutreiben?
Welche Maßnahmen wurden bisher in dieser Regierungsperiode bereits gesetzt?
10. Wann wird es zur Aufstockung der Euratom-Kredite kommen?
Welche Sicherheitsauflagen halten Sie für erforderlich?
11. Welche Strategien verfolgen Sie und die Österreichische Bundesregierung hinsichtlich des Umstandes, dass die Initiative von der zuständigen Kommissarin Loyola de Palacio gescheitert ist, europäische Sicherheitsstandards für Atomanlagen verbindlich festzuschreiben?
12. Welche neuen konkreten Initiativen werden Sie hinsichtlich der Atompolitik Tschechiens und der Slowakei setzen, da im Hintergrund bereits eine gemeinsame Betreibergesellschaft für tschechische und slowakische Atomkraftwerke in beiden Staaten angedacht wird?
13. Werden Sie mit den ÖVP-EU-Abgeordneten Gespräche führen, um auch diese von den Vorteilen einer geschlossenen Anti-Atom-Politik Österreichs zu überzeugen?

14. Sind Sie und andere Vertreter der Bundesregierung darüber hinaus bereit, Gespräche mit Stoiber, Merkel und anderen konservativen Pro-Atomkraft-Vertretern zu führen, um EU-weit einen mittelfristigen Ausstieg aus der Atomkraft zu erreichen?
Welche Beschlüsse der Österreichischen Volkspartei liegen dazu vor?

Unter einem wird gem. § 61 Abs. 3 GO - BR verlangt, diese Anfrage vor Eingang in die Tagesordnung dringlich zu behandeln